

STAHLSTIFTUNG

Gründung
der Stahlstiftung

DIE STAHLSTIFTUNG

Eine Idee wird Wirklichkeit



VOEST-ALPINE
STAHLSTIFTUNG zur Förderung der
beruflichen Wiedereingliederung

VORWORT

Die VOEST-ALPINE ist aufgrund ihrer Größenordnung und wirtschaftlichen Bedeutung für Österreich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wenn eine Firma dieser Art zur Sicherung bzw. Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit in 5 Jahren rund 10.000 Mitarbeiter abbauen muß, wobei sich diese Personalreduktion auf einige wenige Standorte verteilt, werden damit Kräfte frei, die der normale Arbeitsmarkt nicht mehr auffangen kann.

In Form der Stahlstiftung hat die VOEST-ALPINE einen beispielhaften Weg gefunden, einerseits ihre marktorientierten Einsparungsprogramme planmäßig abwickeln zu können und andererseits den davon persönlich betroffenen Menschen eine echte Unterstützung zur Bewältigung dieser Krisensituation in ihrem Leben zu geben.

Das nun folgende Buch will nicht mehr als einen Überblick über das Phänomen "Stahlstiftung" aus verschiedenen Blickwinkeln geben, wobei der Aufbau darauf ausgerichtet ist, die zugrundeliegenden Ideen und Ziele, das "Leitbild" der Stahlstiftung dem Leser nahezubringen.



Strahammer

Buch zur Gründung der Stahlstiftung,
Erscheinungsjahr 1988

Ein unsinkbares Schiff?

Der VOEST-ALPINE-Konzern war einst ein riesiges Industriekonglomerat, ein Mischkonzern, der in den verschiedensten Markt Bereichen, wie z.B. Stahlerzeugung, Handel, Halbleitertechnik, Schiffbau, Medizintechnik, Bergbau, Glas, Anlagenbau und noch vielen mehr, tätig war. Aus dieser breiten Palette von Geschäftsfeldern erklärt sich die hohe Anzahl verschiedener Mitgliedsgesellschaften der Stahlstiftung, die nach der Zerschlagung der alten VOEST-ALPINE aus dieser hervorgingen.

Der Konzern in der Krise

Mitte der 1980er Jahre schlitterte der verstaatlichte Konzern in eine schwere Krise. Die Ursachen dafür waren vielfältig. Die VOEST-ALPINE

war als Staats- und Leitbetrieb ständiger und nachhaltiger politischer Einflussnahme ausgesetzt. Die Funktion als staatliche Beschäftigungsreserve wirkte sich zwar positiv auf die Arbeitslosenquote und die Beschäftigten aus, führte aber zu einer niedrigen Produktivität. Dazu kamen schwieriger werdende internationale Rahmenbedingungen, die Aushöhlung einzelner Unternehmen und Misserfolge bei der Diversifikation, bei Auslandsprojekten und im Finalbereich (z. B. das Stahlwerk Bayou im US-Bundesstaat Louisiana, der Maschinenbau Liezen u. a.). Die massiven Öl-Spekulationsverluste der 1978 gegründeten VOEST-ALPINE-Handelstochter Intertrading führten den Konzern 1985 an den Rand des Bankrotts und zum Rücktritt des gesamten VOEST-ALPINE-Vorstands.



DIE WAHRHEIT



P. O. B.
Verlagspostamt 4020 Linz
Erscheinungsort Linz

BETRIEBSZEITUNG DER VOEST-ALPINE JAHRGANG 35 NR. 12 DEZEMBER 1985

**Fusion 1973:
VOEST-Gewinn als
Fusionsopfer**

**1986: VOEST-ALPINE
Verlust gefährdet
Werk Linz**

**250.000 Existenzen
und 6000 Betriebe
hängen von uns ab**

**75 Prozent
Auslandsumsatz =
weltweites Vertrauen
in unsere Leistungen**

**Die VOEST ist keine
Bühne der politischen
Eitelkeiten für
Neuwahlen**

**Konzept VOEST 2000:
Auf uns alle kommt es
an – daher
Mitbestimmung der
Belegschaft!**

**Vernunft statt
Politik-Hickhack!
Unser Ruf im Ausland
steht auf dem Spiel!**

**Die VOEST läßt sich
nicht ersetzen und
zerschlagen: Hände
weg vom Werk Linz!**

**Die VOEST: 40 Jahre
Basis und Zukunft für
Linz und die
öo. Wirtschaft**

**Wir stehen
auch weiter
zu unserem
Unter-
nehmen:
Ein
gemeinsamer
VOEST-Geist
auf dem
gemeinsamen
Weg aus der
Krise**

**Weitersagen:
Wir VOESTler
kämpfen um
unser Werk
Linz**

Nach den Milliardenverlusten Die schwerste Stunde für unsere VOEST

Für die meisten von uns war es unfassbar, daß sich unser Unternehmen in einer derartigen Notlage befindet. Nachdem der erste Schock langsam abklingt, stellt sich für die Belegschaft die bange Frage, wie es weitergehen soll.

Im Juli und Oktober befaßte sich der VA-Aufsichtsrat mit der Geschäftslage der Intertrading. Von möglichen Verlusten der bisher erfolgreichen VOEST-Tochter wurde dabei gesprochen. Von 500 Millionen Schilling war die Rede. Einer Summe, die gerade noch verkraftbar gewesen wäre. Gleichzeitig wurde angedeutet, daß trotzdem bis Jahresende mit einer ausgeglichenen Bilanz gerechnet werden könne. Doch leider kam das dicke Ende. Mitte November äußerte sich Vorstandsdirektor Dr. Koch, daß er die Verantwortung für die weitere Entwicklung nicht mehr tragen kann. GD Apfalter unterrichtete daraufhin die ÖIAG und Minister Lacina über den Ernst der Lage. Lacina verlangte daraufhin die sofortige Ablösung des gesamten Vorstandes. Am 26. November tritt dieser geschlossen zurück. Die tatsächlichen Verluste sind weit hö-

her als befürchtet. Regierung und ÖIAG sind sich einig, daß rasch geholfen werden muß. Am 29. November beschließt der Aufsichtsrat der ÖIAG einstimmig eine Kapitalzufuhr von 3,6 Milliarden Schilling. Anschließend wird im VA-Aufsichtsrat fast Tag und Nacht über die Lage beraten. Die bisherigen Vorstandsdirektoren stehen Rede und Antwort. Ihr Rücktritt wird angenommen. Dr. Kirchwegger wird vorläufig neuer GD, Dr. Raidl und Dipl.-Ing. Staska werden mit ihm die Geschäfte führen.

Wie geht es nach der finanziellen Talfahrt weiter? Diese bange Frage stellen sich nicht nur Belegschaft und Betriebsrat, sondern all jene, die begriffen haben, was die VOEST für die gesamte Wirtschaft unseres Landes bedeutet. Die Frage ist im Augenblick fast nicht zu beantworten. Auch die wenigen ernst-

zunehmenden Fachleute sind zurückhaltend. Trotzdem brauchen wir den Kopf nicht hängenzulassen. Denn auch vor vierzig Jahren mußten wir ganz von vorne anfangen. Und erst bei unserem großen Fest vor einigen Monaten sind Zigtausende gekommen und haben unsere Leistungen bewundert. Uns ist schon klar, daß die Zeit seit den Stunden, als unser Werk in Trümmern lag, nicht stehengeblieben ist. Die Situation auf dem Weltmarkt hat sich verändert, andere Produkte werden

nachgefragt als in der Nachkriegszeit. Aber etwas ganz Wesentliches ist gleichgeblieben: schwierige Situationen können nur überwunden werden, wenn alle zusammenhalten. Genau das ist es, was wir jetzt brauchen. Schon in guten Zeiten hatten wir nicht überall Freunde. Und gegenwärtig sind es nicht mehr geworden. Uns kann daher nur weiterhelfen, wenn wir zusammenhalten. Darüber sind sich Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrat völlig einig.

Es geht um einen neuen Anfang

Der Belegschaft kann niemand was aufhalsen!

Die Entwicklung in den letzten Wochen und Tagen und die daraus resultierende Medienkampagne gibt Anlaß zur Sorge und Verunsicherung.

Wir dürfen den Ernst der Situation nicht verkennen, sollen uns aber auch nicht in die Ecke drängen lassen. Feststeht, daß die Belegschaft keinerlei Verschulden an der Entwicklung trifft. Im Gegenteil, viele großartige Erfolge waren nur durch den

großen Einsatz der VOESTlerinnen und VOESTler möglich.

Es geht um einen neuen Anfang unter neuer Führung. Wir kennen unsere Schwächen, die uns zum Teil schon seit Jahren begleiten. Auch wir hoffen, daß zukünftige Geschäfte in erster Linie Erfolge bringen und zu einem positiven Gesamtergebnis führen. Wir wissen aber auch, daß wir Schwachstellen in manchen Produktionen und Standorten haben und daß

Die Wahrheit, Dezember 1985

VOEST-ALPINE-NEU

Die Folgen des „VOEST-Debakels“ waren eine regelrechte Staatskrise und ein tiefgreifender Restrukturierungsprozess. Die Krise der Verstaatlichten Industrie und die gleichzeitig hereinbrechende globale Stahlkrise führten zu einer Zerschlagung des Unternehmens und einem großflächigen Personalabbau. Nach einer Analyse aller Geschäftsfelder, in denen das Unternehmen tätig war, wurde im Herbst 1986 das so genannte „VOEST-ALPINE-NEU“-Konzept aufgestellt. Durch eine neue Organisationsstruktur, sowie ein umfassendes Ratio-

nalisierungs- und Investitionsprogramm sollte der vom Konkurs bedrohte Konzern wieder in die Gewinnzone gebracht werden. Die ÖIAG erklärte sich bereit, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Viele müssen gehen

Um den völligen Niedergang abzuwenden, setzte die neue Konzernleitung auf Konsolidierung, Rationalisierung und Sanierung. Berechnungen gingen davon aus, dass innerhalb von fünf Jahren etwa 10.000 Arbeitskräfte abgebaut

Um 1400 VOESTler mehr als geplant müssen gehen!

Bis 1990 sollen um 1400 Mitarbeiter mehr als die ursprünglich im Konzept VOEST-ALPINE NEU vorgesehenen 9400 abgebaut werden, die meisten davon in Linz. Außerdem soll das Investitionspaket für die Hütte Linz von 6 auf 4 Mrd. S gekürzt werden, wodurch sich auch Auswirkungen bei den geplanten Emissionsverbesserungen ergeben. Dies ist das Hauptergebnis eines Maßnahmenpakets, das der VOEST-Vorstand dem Aufsichtsrat vorlegte.

Ursache dieser Hauptmaßnahmen, die der VOEST-Vorstand in seiner Klausur in Aigen i. M. beschloß, ist der drastische Verfall der Stahlpreise, die den VOEST-Stahlbereich im ersten Quartal 1987 im Vergleich zum vierten Quartal 1986 mit 1 Mrd. S belastet, erklärte dazu Generaldirektor Dr. Lewinsky im Anschluß an die Aufsichtsrats-sitzung.

Man rechne für heuer mit einem Verlust von 4,7 Mrd. S (ursprünglich waren 3,4 und später 3,8 Mrd. S prognostiziert worden) unter der Annahme, daß die Stahlpreise die Talsohle erreicht hätten. 1986 wurden 6,7 Mrd. S Verlust geschrieben, davon 2,4 Mrd. S „Altlasten“.

Der Bau einer neuen Sinteranlage – von der Umweltschutzseite vehement gefordert – wird zurückgestellt. Nicht zuletzt auch deswegen, weil die Errichtung einer neuen Sinteranlage zum jetzigen Zeitpunkt auch techno-

logisch problematisch sei, erklärten Dr. Lewinsky und Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Sekyra.

Jedenfalls werde durch die Reduzierung der Investitionen der angestrebte Umwelteffekt in Linz nicht in der vollen Höhe erreicht, aber durch verschiedene Maßnahmen wie Änderungen in der Fahrweise der Anlagen werde eine Verminderung des SO₂-Ausstoßes um etwa 50 Prozent eintreten und die alten Sinteranlagen würden entstaubt, teilte Dr. Lewinsky mit. Es gelte nun, mit der Gewerbebehörde der Stadt Linz über die neue Situation und im speziellen über die Rückstellung des Neubaus einer Sinteranlage zu verhandeln.

KEINE AKTION 50/55

ZBRV Franz Ruhaltinger erklärte auf die Frage, wann denn für die Belegschaftsvertretung die Schmerzgrenze beim Personalabbau erreicht sei, es sei besser 25.000 Arbeitsplätze zu sichern, als 33.000 durch Starrheit zu verlieren. „Wir wehren uns immer, aber die internationale Entwicklung zwingt uns zur Zustimmung“, sagte Ruhaltinger. Jedenfalls werde man auch bei den neuen Freisetzen mit dem Vorstand über einen Sozialplan verhandeln, eine Ausdehnung der Aktion 50/55 dürfte aber nach Aussagen von Sozialminister Dallinger nicht „drin“ sein.

Ruhaltinger kritisierte scharf die negativen Medienberichte über die VOEST, die dem Unternehmen weltweit stark schaden, weil sie die Konkurrenz aufgreife und als Verkaufsargument für sich verwende. So sei deswegen ein Großauftrag für Pakistan (Anlagen aus dem Finalbereich um 350 Mill. S) geplatzt.

werden müssten, um international wieder wettbewerbsfähig zu werden. Die geplante Personalreduktion verteilte sich auf wenige Standorte, weswegen alternative Lösungen gefunden werden mussten. Der normale Arbeitsmarkt wäre nicht in der Lage gewesen, die vielen neuen Arbeitslosen aufzufangen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde bei Krisen üblicherweise zu Frühpensionierungen gegriffen. Mit der „Aktion 54/59“ wurde Beschäftigten, die wegen der Krise ihren Arbeitsplatz verloren haben und die

54 (Frauen) bzw. 59 (Männer) alt waren, eine Sonderunterstützung gewährt. Auf diese folgten die „Aktion 52/57“ und später die „Aktion 50/55“. Dadurch sollten Arbeitsplätze für jüngere Beschäftigte erhalten bzw. geschaffen werden.

Die Regierung machte nun allerdings klar, dass es in Zukunft keine weiteren gesetzlichen Regelungen und Unterstützungen solcher Aktionen geben werde...

Erster Erfolg des Betriebsrates! Aktion 50/55 gesichert!

Die Aktion 50/55 wird auf das Werk Linz der VOEST-ALPINE AG ausgedehnt! Dies erreichten die Betriebsräte letzte Woche in Verhandlungen mit Sozialminister Dallinger. Die Maßnahme ist für die gesamte VA AG bis Ende 1987 gesichert.

Auf eine derartige Aktion haben vor allem Kollegen, die jahrzehntelang Schicht gearbeitet haben, sehnsüchtig gewartet. Gleichzeitig wird dadurch erreicht, daß der im Konzept „VOEST-ALPINE Neu“ vorgesehene Personalabbau gemildert werden kann. Denn diese Aktion können in diesem Jahr noch 1400 Kolleginnen und Kollegen in Anspruch nehmen.

Für die Inanspruchnahme der Aktion 50/55 sind nach dem Sonderunterstützungsgesetz eine Reihe von Voraussetzungen notwendig. So muß

beispielsweise der Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin am Monatsersten, der dem Ende des Dienstverhältnisses folgt, mindestens 180 anrechenbare Versicherungsmonate in der Pensionsversicherung, davon innerhalb der letzten 36 Kalendermonate mindestens 34, nachweisen können. Genauere Informationen gibt es beim Betriebsrat.

Dieser wichtige Erfolg des Betriebsrates stößt außerhalb des Werkes auf Kritik. „VOESTler müßte man sein, dann ginge es einem gut“,

heißt es da immer wieder, und auch bei den Stadtrundfahrten am Tag der offenen Tür der Stadt Linz am vergangenen Samstag erhitzte dieses Thema die Gemüter mehr als die Umweltprobleme. In den Medien wird noch ordentlich geschürt.

Wie sieht es wirklich aus? Sind die Beschäftigten in der Verstaatlichten bevorzugt? Zunächst einmal zur rechtlichen Grundlage für die Aktion 50/55. Diese bildet ein Sonderunterstützungsgesetz (SOG), das zunächst für den Bergbau geschaffen wurde. Seit 1983 gilt es auch für die eisenerzeugende Industrie. Für die verstaatlichte wie für die private.

Ein viel schlagkräftigeres Argument liefert der Vergleich mit anderen Ländern.

Eine Idee wird Wirklichkeit

Bei vielen Beschäftigten herrschte eine Stimmung, die sich mit drei kurzen Schlagworten beschreiben lässt: Angst, Hilflosigkeit und fehlende persönliche Perspektiven. Konzernleitung und Belegschaftsvertretung konnten und wollten dem geplanten Abbau von mehreren tausend MitarbeiterInnen nicht tatenlos zusehen.

Angesichts dieser Herausforderung starteten die Betriebsräte und Manager des Unternehmens eine gemeinsame Initiative. Die zentrale Überzeugung dabei: Was die Menschen wirklich brauchen, sind nicht nur Geld und Sozialpläne, sondern eine effiziente und gezielte Hilfe bei der Wiedereingliederung ins Erwerbsleben. Dazu gab es eine grobe Idee, die als Konzept niedergeschrieben wurde.

Um die Gründung der Stahlstiftung gab es massive Konflikte und Meinungsverschiedenheiten. Die Möglichkeiten waren angesichts der Krise

beschränkt. Der Konzern war wirtschaftlich am Ende und musste Massenkündigungen vornehmen, um überhaupt eine Überlebenschance zu haben. Großzügige Sozialpläne waren angesichts der schwierigen Lage kaum finanzierbar. Also sprachen sich die Mehrheitsfraktion des Zentralbetriebsrats, der Vorstand des Unternehmens, die ÖIAG, der ÖGB, die Parteifreien Gewerkschafter und das Sozialministerium für die Einrichtung der Stahlstiftung aus.

Während der Gewerkschaftliche Linksblock von einer „falschen Form der Solidarität“ sprach und die Sicherung aller Arbeitsplätze forderte, übten sich das bürgerliche und das freiheitliche Lager in harter und polemischer Kritik an der Stahlstiftung. Angeblich würde damit eine Klassengesellschaft unter den Arbeitslosen geschaffen und es kam mitunter zu Beschimpfungen der Stiftungsteilnehmenden.

Fraktionsführer Heckmann berichtet über Betriebsversammlung

Ernst der Lage verlangt Solidarität

Am 22. Oktober fand im übervollen Speisesaal des Verwaltungszentrums eine Betriebsversammlung der Angestellten des Werkes Linz statt. Zur Diskussion standen die wirtschaftliche Lage, Neuorganisation und Personalanpassungsmaßnahmen sowie die Stahlstiftung. Der Betriebsrat führte außerdem eine Meinungsumfrage durch.

Generaldirektor-Stv. Raidl berichtete über die wirtschaftliche Lage unseres Unternehmens. Das heurige Jahr ist gekennzeichnet durch einen leichten Umsatzrückgang und ein voraussichtliches negatives Betriebsergebnis von über fünf Milliarden Schilling. Dies bedeutet eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Konzept VA-Neu. Auch im nächsten Jahr wird der Umsatz mit etwa 34 Milliarden Schilling nochmals zurückfallen, der Betriebsverlust kann jedoch voraussichtlich halbiert werden. „Da die internationale Stahlsituation schwierig bleiben wird, müssen in der VOEST alle Maßnahmen zur Kostenreduktion fortgesetzt werden“, sagte Raidl.

„Durch die schlechte Ergebnissituation ist der Vorstand

gezwungen, rasch zu handeln“, begründete Vorstandsdirektor Dr. Strahammer die bevorstehende Neuorganisation unseres Unternehmens. Er erläuterte und begründete die geplante rechtliche Selbstständigkeit der drei Unternehmensbereiche Stahl, Industrieanlagenbau und Finalindustrie und die künftige Zuordnung der Zentralbereiche und Tochtergesellschaften. Strahammer kündigte auch empfindliche Kürzungen der Treuepensionen und eine Einschränkung der Lehrlingsausbildung auf dem eigenen Bedarf an.

Ist der Slogan der Stahlstiftung, die mithelfen soll, den bevorstehenden Personalabbau in einer sozial vertretbaren Form abzufedern und die berufliche Wiedereingliederung ehemaliger Mitarbeiter zu ermöglichen. Betriebsratsvorsitzender Ing. Sulzbacher und Direktor Dr. Dipplinger stellten das Modell der Stahlstiftung vor.

ÜBERWÄLTIGENDE SOLIDARITÄT

Bei der im Anschluß an die Versammlung durchgeführten Meinungsumfrage wurden 550 auswertbare Fragebogen abgegeben. Davon enthielten 399 oder 72,5 Prozent die Bereitschaft, einen Solidaritätsbeitrag bis zu 1 Prozent vom Bruttogehalt zu leisten. 170 Stimmen oder 27,5 Prozent waren dagegen, wovon etwa die Hälfte andere Vorschläge zur Aufbringung der erforderlichen Mittel enthielt (Gewerkschaftsbeiträge, leitende Angestellte, öffentliche Hand, Abschaffung von Sozialleistungen etc.). Weniger Zustimmung fand die Stahlstiftung vor allem bei jüngeren Mitarbeitern und bei Kollegen aus dem Industrieanlagenbau.

BETRIEBSRAT HAT SCHNELL REAGIERT

Aufgrund der Diskussionen im Zentralbetriebsrat und bestärkt durch die Umfrageergebnisse haben der Angestellten- und Arbeiterbetriebsrat schnell reagiert: Beide Körperschaften haben jeweils einen Beschluß gefaßt, 0,75 Prozent aus der letzten Ist-Kollektivvertragserhöhung nicht auszubezahlen, sondern zeitlich befristet der Stahlstiftung zuzuführen. Die verbleibende Ist-Lohn- bzw. -Gehaltserhöhung beträgt daher noch 1 Prozent.

Mit diesen Beschlüssen hat der Betriebsrat unter dem Motto „Wer rasch hilft, hilft doppelt“ bereits den erforderlichen Solidaritätsbeitrag der Belegschaft zur Finanzierung der Stiftung eingebracht. Nun liegt es an den anderen Partnern wie Sozialministerium, Länder und Gemeinden, auch ihren Teil zur Finanzierung und zum Gelingen der Stiftung beizubringen!

Die Stahlstiftung-

SOZIALDEMOKRATISCHES MODELL IM RINGEN GEGEN KAPITALISMUS UND ARBEITSLÖSIGKEIT



Breitmaulfrosch, November/Dezember 1987



Die Wahrheit, September 1987



WERKSPIEGEL

Gewerkschaftlicher Linksblock

Nummer 7 41. Jhg. Dezember 1987

KONTAKTE

- Othmar Grün, Zentralbetriebsrat, Arbeiterbetriebsrat, Arbeiterkammerrat Tel. 09 89
- Siegfried Pötscher, Ersatzbetriebsrat Tel. 75 45

Gewerkschaftlicher Linksblock zur Stahlstiftung

Der massive Beschäftigungsabbau in der Verstaatlichten Industrie geht mit unverminderter Härte weiter. In naher Zukunft wird die Voest-Alpine in »klein«-selbständige Einheiten zerschlagen sein, und immer bedrohlicher werden die Kündigungswellen.

Die Gewerkschaftsspitze MBE veränderte — trotz großer Bedenken vieler Betriebsräte und führender Gewerkschafter — nachträglich den Kollektivvertrag und machte es so möglich, daß Unternehmungen im Zusammenwirken mit den Betriebsräten die Lohnerhöhungen in der Voest-Alpine und im Steyr-Konzern aussetzen können.

Zur Finanzierung der Stahlstiftung

Mit dem Verzicht auf einen Teil der Lohnerhöhung wird in der Voest-Alpine die Stahlstiftung finanziert. Weitere Finanzquellen für die Stiftung werden die SUG-Pensionisten sein, deren Pension nun besteuert wird. Außerdem wird die Abfertigung



zielführend. Solidarität heißt nicht, daß jene, die noch einen Arbeitsplatz haben, Opfer bringen sollen, um das bittere Los jener zu mildern, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Solidarität heißt, gemeinsam für die Erhaltung der Arbeitsplätze und für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen zu kämpfen. Das muß das Ziel der Gewerkschaftspolitik und der Belegschaftsvertreter sein.

Die Probleme werden durch Opfergroßen nicht gelöst. Die Stahlstiftung oder ähnliche Modelle (zum Beispiel »junge Aktien« bei Steyr) sichern keinen einzigen Arbeitsplatz.

Kein einziger neuer Arbeitsplatz wird dadurch geschaffen. Die Stahlstiftung nimmt nicht jede Kollegin oder jeden Kollegen auf. Nach der Stahlstiftung ist die Zukunft ungewiß.

Solidarität muß Arbeitsplätze sichern

Sozialpläne und Umschulungsmaßnahmen sind annehmbar, wenn sie alle Betroffenen für die Zeit notwendiger Umstrukturierungen sozial voll absichern und längerfristig zur Aufrechterhaltung der Arbeitsplätze im Bereich der Verstaatlichten beitragen. Dies ist aber nicht der Fall.

Im Gegenteil: Die jetzt ins Auge gefaßten Projekte sind Teil des Arbeitsplatzverrichtungsprogrammes der Regierung, noch dazu auf Kosten der Beschäftigten. Die Befürwortung dieser Modelle ist somit im Rahmen der Zustimmung zur Zerschlagung der Verstaatlichten mit allen negativen Auswirkungen zu sehen.

Die Betriebsräte des Gewerkschaftlichen Linksblocks lehnen diese Form der falschen Solidarität ab. Stattdessen verlangen wir Solidarität zur Sicherung aller Arbeitsplätze!

Trotz aller Widerstände startete die Stahlstiftung im Oktober 1987 ihre Aktivitäten mit einem ersten Berufsorientierungsseminar in Eisenerz, wenig später begann auch in Linz ein Kurs. Mitte 1988 wurde das Arbeitslosenversicherungsgesetz so novelliert, dass die Stahlstif-

tung eine rechtliche Basis bekam. Eine Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes machte es möglich, dass die Stiftungsteilnehmenden so genanntes „Schulungsarbeitslosengeld“ beziehen können.

Schreckensgespenst Stahlstiftung?

Viele negative Für und Wider

Hermann (46), Arbeitsvorbereitung (TUP): „Ich hatte in der VA einen stark eingeschränkten Arbeitsbereich und werde daher auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen haben. Nach der Hälfte der Einführungszeit kann ich jetzt sagen, daß die Entscheidung, in die Stahlstiftung zu gehen, richtig war.“

Anni (33), Botin (AVV): „Als Pflichtschulabgängerin sehe ich jetzt eine Chance, mich beruflich weiterzubilden und habe keine Angst vor Schwierigkeiten.“

Manfred (38), Produktionsplanung (TUP): „Man hat in der Stahlstiftung die einmalige Chance, sich zu verwirklichen und eigene Ideen unter dem Schutz der Stiftung in Projekte umzusetzen.“

Gerti (28), Botin (AVV): „Obwohl ich nur Botin war, habe ich hier in der Gruppe die gleichen Chancen wie jeder andere. Deshalb möchte

Seit dem Anlaufen des Probetriebes der Stahlstiftung gibt es die unterschiedlichsten Aussagen über die Für und Wider – und allem Anschein nach großteils negative. Schlagworte wie „Augenauswischerei, sinnlose Einrichtung, Schmarotzer und Edelarbeitslose ohne Zukunft“ stellen die Stahlstiftung in Frage, so daß viele Noch-VOESTler ihre beruflichen Zukunftschancen nicht wahrnehmen. Den ersten Teilnehmern der Stahlstiftung ist es ein Anliegen, das verfälschte Bild zu korrigieren und ihre Erfahrungen an die Exkolleginnen und -kollegen weiterzugeben.

ich Euch auffordern, über den eigenen Schatten zu springen. Jahrelang habe ich einen ungeliebten Beruf ausgeübt und habe nun die Möglichkeit, in den Beruf einzusteigen, den ich mir vorstelle.“

Karin (23), Reinigungsfrau (AVV): „Ich verstehe nicht, warum sich die VA-Mitarbeiter von Fehlinformationen über die Stahlindustrie so irreführen lassen und sich bei Fragen zum finanziellen und

Außerdem habe ich hier die Möglichkeit, mich mit Hilfe der Stahlstiftung und des Arbeitsamtes weiterzubilden oder zu versuchen, einen Arbeitsplatz zu erhalten.“

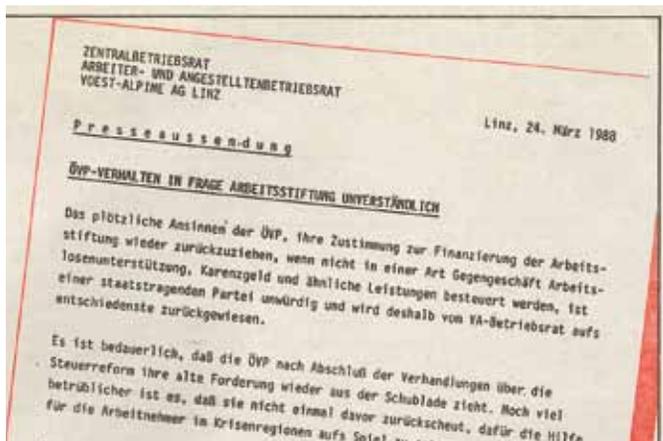
Wolfgang (27), Dreher (TLP): „Schmarotzer sind wir keine! Das Stipendium' zum gesetzlichen Arbeitslosengeld wird eigenfinanziert (z. B.: Zinsen aus gesetzlicher Abfertigung, 0,75 Prozent Lohnverzicht der verbleibenden VA-Belegschaft).“

Margarete (28), Versandabwicklung (ETL): „Mir ist klar, daß ich selbst einen finanziellen Beitrag zu leisten habe. Die Aussage jedoch, daß man durch Eintritt in die Stahlstiftung die gesetzliche Abfertigung verliert, entspricht nicht der Wahrheit. Bei Austritt aus der Stiftung bekommt man den vollen Betrag zurück. Ich finde, daß das Schlimmste an der Stahlstiftung der schlechte Ruf ist, der ihr vorausleitet.“

Josef (37), Verkaufsverrechnung (SGV): „Ich möchte schnellstens wieder einen Arbeitsplatz und hoffe, hier in Ruhe und gezielt meine Bewerbungen vorbereiten zu können.“

Wir möchten Euch abschließend für etwaige Unklarheiten noch eine Kontaktadresse bekanntgeben: Muldenstraße 5, Tel. 99 51, 99 59, 99 98.

Die Wahrheit, Dezember 1987



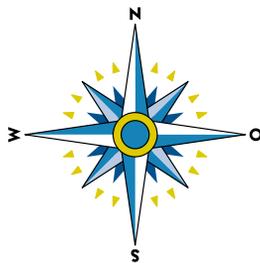
Die Wahrheit, April 1988



Die Wahrheit, April 1988

**„Die Geschichte soll nicht das Gedächtnis
beschweren, sondern den Verstand erleuchten.“**

Gotthold Ephraim Lessing



STAHLSTIFTUNG